

V0257/18

öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Taschenturmstr. 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Christian Lösel

Datum 06.03.2018

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de

| Gremium  | Sitzung am |
|----------|------------|
| Stadtrat | 20.03.2018 |

## **Verbot von bienenschädlichen Pestiziden und Herbiziden auf den von der Stadt Ingolstadt verpachteten landwirtschaftlichen Flächen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht vor, den Einsatz von Glyphosat so schnell wie möglich in Deutschland zu beenden. Erwiesenermaßen schadet das Mittel der Artenvielfalt und steht im Verdacht, bei Tieren und Menschen Krebs zu erregen. Die Substanz ist längst im Nahrungskreislauf angekommen und wird in der Muttermilch und im Trinkwasser nachgewiesen.

Neben Glyphosat machen gleichzeitig besonders auch Neonicotinoide den Wildbienen, Honigbienen und Hummeln schwer zu schaffen. Insgesamt gesehen ist der Rückgang zahlreicher Insektenarten ursächlich mit dem großflächigen Ausbringen von Glyphosat und neonicotinoidhaltigen Insektiziden zu sehen. Drei Viertel aller Insekten sind in den letzten 30 Jahren verschwunden. Wir wissen alle, dass bestäubende Insekten für die Ernährung der Menschen von existenzieller Bedeutung sind.

Die EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) schlägt aufgrund der eindeutigen Forschungslage ein Freilandverbot von bienenschädlichen Neonicotinoiden vor, um den katastrophalen Rückgang der Bienenpopulation aufzuhalten. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz fordert ein sofortiges Verbot der Substanzen in der Landwirtschaft.

Wir stellen daher folgenden

### **Antrag:**

1. Die Stadt Ingolstadt verzichtet auf ihren landwirtschaftlichen Flächen auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden und neonicotinoidhaltigen Insektiziden, um eine bienenschonende – und damit auch artenfreundliche – Bewirtschaftung zu erreichen.

2. Neue Pachtverträge enthalten eine entsprechende Klausel, bestehende Verträge sollen überprüft und dahingehend ergänzt werden.

Ein großer Teil der Bevölkerung wünscht längst einen Verzicht auf Glyphosat und andere bienenschädliche Substanzen. Obwohl ein nationales Verbot von Glyphosat innerhalb der nächsten Jahre wohl beschlossen werden wird, können wir als Kommune schon heute handeln, dem Beispiel zahlreicher anderer deutscher Kommunen (darunter z. B. auch Gaimersheim und der Landkreis Neuburg) folgen und diese Gifte von den städtischen Flächen verbannen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Barbara Leininger

gez.

Petra Kleine (Fraktionsvorsitzende)

gez.

Christian Höbusch

gez.

Dr. Christoph Lauer